

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481,
Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin, Verl.: Verein Zeitungsverlage GmbH,
Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postleitz.: Berlin NW 27 970.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. enthalt.
Trägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Poststg. Postbezug ausländ. Postleit-
geld 2,60 M.; Streifband im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Erscheint täglich außer Montags

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenverwaltung: „Das Kaiserat“, Allgemeine Kaiseraten-
Expedition, m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1
Kurfürst 1823/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Anzeigenpreis: Die 12x16p. Millimeterzeile 35 Pf.; die 16x16p. Zerr-
millimeterzeile 2,30 M. Arbeiterorgani. u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf.
Kleine Anz.: Textort 20 Pf., Ueberschriften 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Ernst Thälmann spricht Heute abend 8 Uhr im Sportpalast

Wer Hitler schlagen will, wer das Braun-Severing-System beseitigen will, wer den Kampf gegen die Notverordnungsdiktatur will, wer gegen den neuen Angriff auf die Löhne und Unterstützungen ist, wer für die kommunistischen Arbeitsbeschaffungsforderungen und gegen den Arbeitsbeschaffungsschwindel des AGDB kämpfen will, wer den imperialistischen Kriegsverbrechern die revolutionäre Tat entgegensetzen

will, — der kommt heute abend in den Sportpalast!

Alle Anhänger der roten Einheitsfront, alle Arbeiter, Erwerbslose, Angestellte und Werktätige Berlins, heute abend in den Sportpalast! Demonstriert euren revolutionären Kampfwillen zu neuer Offensive unter der Führung der KPD.:

Wir schlagen Hitler und Severing! Wir marschieren für ein rotes Preußen in Rätedeutschland! Für die Wahl der Liste 4 KPD.!

Hafenkreuz und SPD. in Einheitsfront gegen Erwerbslose und KPD-Wahlfreiheit

Sozialbeamte werden im Severing-Preußen zur Organisierung ihrer Hebe beurlaubt!

In der gestrigen Sitzung des Preußischen Landtages, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichten, forderte die kommunistische Fraktion, auf die Tagesordnung einen Antrag auf Auflösung aller Notverordnungen zu bringen für die Unterstützung der Erwerbslosen sowie die Förderung auf Gewährung einer Sonderbeihilfe für alle Notleidenden und die Entscheidung über die kommunalpolitischen Arbeitsbeschaffungsforderungen zu stellen. Der sozialdemokratische Reaktionsschreiber Fürgesen verhinderte die Behandlung des kommunistischen Antrages durch Widerfuhr.

Diesem Streich ließ die SPD. einen zweiten folgen. Es stand der kommunalpolitische Antrag zur Beratung, die Regierung zu beauftragen, jedoch zuverlässigung gegenüber der KPD. zu unterlassen und die Behörden im gleichen Sinne anzuweisen. Der Abgeordnete Höpker hielt eine eindrucksvolle Rede, in der er die unzähligen Fälle brandmarkte, wo von der Preußenregierung und ihren Polizeiprääsidenten kommunistische Flugblätter beschlagnahmt, Zeitungen verboten, Kundgebungen aufgelöst wurden und werden. Das erdrückende Material charakterisiert den faschistischen Kurs des Preußenkabinetts. Bei der Abstimmung über den Antrag gegen die Wahlbereinträchtigung gegenüber der KPD. wurde er von der Einheitsfront der Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten niedergestimmt.

Damit beleutet sich die SPD. offen zum Prinzip des Wahlkurses gegenüber den Kommunisten. Mit den Hafenkreuzern hält sie es anders. Wir stellen hier die ungehönerliche Tatsache fest, daß der Regierungsrat Schlaue vom Landesfinanzamt Berlin für drei Wochen beurlaubt wurde — weil er Spitzenlandrat der Nazis bei den preußischen Landtagswahlen ist.

Während kommunistische Beamte von Severing ihrer Beauftragung wegen schadweise gemahngelt sind und der Spitzenkandidat der SPD. den Grundsatz aussetzt, keinen kommunistischen Beamten zu dulden und keiner kommunistischen Stadtrat zu bestätigen, über die Nazis im Severing-Preußen nicht nur weiter ihre Beamtenfunktion aus, sondern werden auch noch zur Organisierung ihrer mörderischen Hetzcampagne gegen die klassenbewußten Arbeiter bei vollem Gehalt beurlaubt.

Das ist kein Einzelfall, sondern System. Was ist sehr wohl bekannt, daß zum Beispiel das Offizierkorps der Fliegende Flottille der Polizei in unmittelbarer Nähe

des Karl-Liebknecht-Hauses fast durchweg nationalsozialistisch orientiert ist. Uns ist weiterhin sehr gut bekannt, daß SA-Veute und Naziagitatoren, als Brüder oder Vetter der Schubräute getarnt, in die Kantine, bzw. ihre Kantine eingeführt werden.

Braun-Severing haben die Hafenkreuzer mit Millionen- und Milliardenabventionen bedacht. Braun-Severing machen die Kommunistische Partei zum Objekt der schwersten Verfolgungen. Braun-Severings Kurs treibt ökonomisch, politisch, militärisch und kulturell den Faschismus hoch.

Das kann nicht der Wille der SPD-Arbeiter sein. Sie müssen mit allen revolutionären Arbeitern zusammen dieses Regiment bekämpfen, das auch nicht eine einzige Handlung für die Arbeiter nachweisen kann.

Wir Kommunisten wollen keine Koalition mit Hitler. Wir wollen den härtesten Kampf gegen den Faschismus bis zu seiner Vernichtung. Und darum heißt es für alle Arbeiter, sich am 24. April zur KPD. zu betennen.

Liste 4 wird gewählt!

Streikende Ruhrkumpels verhindern Streitbruch

Severingpolizei gegen Streikposten

Essen, 12. April. (Sig. Ver.) Heute morgen vor Schichthebeginn haben die streikenden Kumpels von „Karoline“ zusammen mit den Erwerbslosen alle Wohnungen der reformistischen Streikbrecher-Betriebsräte und der nationalsozialistischen Führer des Streikbruchs unter Massenkontrolle gesetzt. Ferner wurden alle „Fahrtstreichen“ zum Schacht von Massenstreikposten besetzt. Die reformistischen, christlichen und nationalsozialistischen Streikbruchführer wagten nicht, ihre Wohnungen zu verlassen. Auch die Kumpels, die sich noch zur Arbeit verleiten ließen, verpaßten infolge der Tätigkeit der Massenstreikposten die Anfahrtzeit.

Nach 6 Uhr kam die Severing-Polizei, die die Streikposten mit Gewalt fortjagte. Durch die Aktion der „Karoline“-Kumpels und der Erwerbslosen wurde die Selbstfahrt erheblich verzögert.

Heute:

Berichte von Eisenbahnen und Häfen

Brüning auf dem „Krisenkongress“

Ein Kongress gegen die deutsche Arbeiterschaft

Wer das Schauspiel von Frankfurt am Main, den ADGB-Kongress vom September vorigen Jahres, die Rede Siegwalds auf diesem Kongress und die Antwort Leiparts, mit erlebt hat, wird auf die Wiederholung dieses Schauspiels, hende auf dem Krisenkongress im Reichstag nicht geprägt sein. Diesmal ist es Brüning, der Kanzler der Notverordnungsdiktatur.

Der heutige „Krisenkongress“ ist für die nächste Zukunft, für die Regierungspläne in den kommenden Monaten von sehr großer Bedeutung. Und Brüning versucht, aus diesem Kongress für die Politik der deutschen Bourgeoisie herauszuholen, was nur herauszuholen möglich ist. Die Schule des Jesuiten Dr. Carl Sonenschein, die Jahre in der Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der zentrale Organisation der christlichen Gewerkschaften, waren für den Kanzler der Notverordnungspolitik nicht umsonst.

Zwei Aufgaben hat der „Krisenkongress“ zu erfüllen. Er soll bei den sechs Millionen erwerbslosen deutschen Arbeitern neue Illusionen wecken, neue trügerische Hoffnungen herausschärfen. Viele von ihnen, von diesen sechs Millionen, sind mit ihrer Geduld an einer Grenze angelangt. Viele sind es unter diesen sechs Millionen, die begriffen haben, woran es liegt, daß sie zum Feiern und zum Hungern gezwungen sind. Mit neuen Versprechungen sollen sie vom Kampf zurückgehalten werden. Die andere Aufgabe des Kongresses: Er soll die neue Offensive gegen die Betriebsarbeiter und die Erwerbslosen mit einem Schwung von radikalen Themen vernebeln. Er soll den Widerstand gegen diese Offensive brechen.

Warum haben die Gewerkschaftsführer eben jetzt ihr Herz für die Erwerbslosen entdeckt? Seit Jahren liegen Millionen deutsche Arbeiter auf der Straße. Was haben die deutschen Gewerkschaften getan, um diesen Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen, um das Bündnis zwischen den Erwerbslosen und Beschäftigten herzustellen?

Das Kampfbündnis zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen herzustellen ist elementare Aufgabe der Gewerkschaften. „Sobald sie (die Arbeiter) daher durch Trade Unions usw. eine planmäßige Zusammenarbeit zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die zumindesten Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, setzt das Kapital und sein Anwalt, der politische Dotsnom.“ (Marg., „Kapital“ Band 1, Seite 578.) Will die Arbeiterklasse die zumindesten Folgen „jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion“, des Beleidigungsgegesetzes im Kapitalismus, schwächen, so gehört dazu